

## Ver.di Bundeskongress 20.-26.9. 2015- Kurzbericht

### **Einschätzung**

Ver.di streikte in 2015 so viel wie nie zuvor, was auf dem Kongress oft lobend hervorgehoben wurde. Auch die Ergebnisse der verschiedenen Streiks (v.a. Post) wurden nicht so negativ bewertet wie in der Öffentlichkeit. Gleichwohl wurde auch gesehen, dass so viel gestreikt werden müsse, weil zum einen die Flächentarifbindung immer geringer ist und mehr Haustarife erkämpft werden müssen und zum anderen die Arbeitgeber mehr und mehr eine Haltung des Aussitzens annehmen. Insgesamt herrschte auf dem Kongress eine positive und eher kämpferische Stimmung.

Auffällig war, dass insgesamt wenig diskutiert wurde. An den wenigen Punkten, an denen sich eine Debatte zu entzünden begann (Sozial- und Erziehungsdienste, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitszeit), wurde relativ schnell „Schluss der Debatte“ beantragt und dem auch zugestimmt- so häufig, dass sogar Frank Bsirske ans Rednerpult ging und darum bat, doch nicht immer gleich „Schluss der Debatte“ zu beantragen. Der Appell änderte allerdings wenig. So verlief der Kongress recht harmonisch.

Die Situation der Geflüchteten spielte den ganzen Bundeskongress über immer wieder eine Rolle, auch, weil in der Halle nebenan Geflüchtete untergebracht waren, die dann auch zum Bundeskongress sprechen konnten.

Deutlich wurde, dass die einzelnen Fachbereiche einander nicht reinreden möchten und ver.di eher wie ein Dachverband funktioniert. Das trug vermutlich zu der Debattenarmut bei.

In den beschlossenen Anträgen finden sich relativ viele konkrete Forderungen an die Politik, die in weiten Teilen identisch mit unseren Positionen sind. Schwerpunkte für ver.di werden in den nächsten vier Jahren die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung, die Aufwertung von Frauenberufen im Dienstleistungsbereich und die Kampagne zu Altersarmut/ einer armutsfesten Rente sein. Da ergeben sich für uns viele gemeinsame Ansatzpunkte.

Der Konflikt mit der IG Metall wurde als nahezu gelöst präsentiert und wenig emotional diskutiert. Die Stimmung auf dem IG Metall Gewerkschaftstag war dagegen emotionaler, auch wenn die Führung ebenfalls deeskalierend wirkte und von einer baldigen Lösung (immer nur in Bezug auf die Kontraktlogistik) sprach.

### **Wahlen Bundesvorstand**

- **Frank Bsirske**, GRÜNE-Mitglied:  
Abgegeben: 915, gültig: 905, Ja: 801, Nein: 104 => **88,51%** (2011: 94,7%)
- **Andrea Koscis** (stellv. Vorsitzende & FB 10):  
Abgegeben: 914, gültig: 902, Ja: 814, Nein: 88 => **90,24%** (2011: 88,1)
- **Frank Werneke** (stellv. Vorsitzender & FB 8):  
Abgegeben: 913, gültig: 900, Ja: 834, Nein: 66 => **92,6%** (2011: 85,3%)
- **Ute Grandt** (weiterer Vorstand, Personal & Organisation)  
Abgegeben: 906, gültig: 887, Ja: 748, Nein: 119 => **86,27%**
- **Eva Welskopf-Deffaa** (weiterer Vorstand, Arbeitsmarkt & Sozialpolitik, CDU)  
Abgegeben: 903, gültig: 836, Ja: 476, Nein: 360 => **56,94%**
- **Christoph Meister** f. FB 1 & Jugend:  
Abgegeben: 891, gültig: 873, Ja: 815, Nein: 58 => **93,36%**

- **Andreas Scheidt** f. FB 2, SPD-Mitglied:  
Abgegeben: 875, gültig: 830, Ja: 741, Nein: 89 =>**89,28%**
- **Sylvia Bühler** f. FB 3, SPD-Mitglied  
Abgegeben: 893, gültig: 879, Ja: 793, Nein: 86, => **90,22%**
- **Gabriele Gröschl-Bahr** f. FB 4, SPD-Mitglied  
Abgegeben: 886, gültig: 836, Ja: 712, Nein: 124 => **85,17%**
- **Ute Kittel** f. FB 5 & 13, SPD-Mitglied:  
Abgegeben: 895, gültig: 878, Ja: 842, Nein: 36 =>**95,9%**
- **Wolfgang Pieper** f. FB 6 & 7  
Abgegeben: 888, gültig: 846, Ja: 714, Nein: 132 => **84,4%**
- **Lothar Schröder** f. FB 9  
Abgegeben: 872, gültig: 836, Ja: 767, Nein: 69 =>**91,7%** (2011: 92,3%)
- **Christine Behle** f. FB 11, SPD-Mitglied  
Abgegeben: 885, gültig: 865, Ja: 803, Nein: 62 =>**92,83%**
- **Stefanie Nutzenberger** f. FB 12:  
Abgegeben: 902, gültig: 826, Ja: 591, Nein: 235 => **71,55%** (2011:68 %)

Da viele Vorstände erst nach 2011 in den Vorstand aufrückten, gibt es wenige, die ein Ergebnis 2011 zu verzeichnen hatten

## Wichtige Themen/Beschlüsse auf dem ver.di Bundeskongress

### *Bekämpfung von Altersarmut*

Bsirske kündigt eine große Kampagne gegen Altersarmut bzw. zur Alterssicherung analog der Kampagne zum Mindestlohn an. Außerdem wird im DGB geplant, das zu dem wichtigsten Thema im Bundestagswahlkampf 2017 zu machen. Während Bsirske in seiner Grundsatzrede ein Rentenniveau von mindestens 50% forderte, findet sich im Antrag selbst keine konkrete Zahl. Insgesamt gab es zur Rente 23 Anträge, eine Antrag zur steuerfinanzierten Mindestrente fand keine Mehrheit. Inhalt des Leitanspruchs „Alterssicherung – gerecht und solidarisch!“:

- Ungekürzte Verbeitragung von Erwerbseinkommen, ausreichender Mindestlohn, ansteigende Tarifbindung, um angemessene Ansprüche überhaupt erarbeiten zu können
- Stärkung der Selbstverwaltung (nicht spezifiziert, wie)
- Absenken des Rentenniveaus beenden, Rückkehr zur Anpassung entsprechend Lohn- und Gehaltsentwicklung, mindestens aber Inflationsausgleich, durch Abschaffung aller Dämpfungsfaktoren
- Beitragssatzobergrenze muss entfallen
- Anerkennung von Kindererziehungszeiten vollständig angleichen, aus Steuermitteln finanzieren
- Ablehnung Rente mit 67
- Rentenangleichung Ost-West
- Fortentwicklung zur Erwerbstätigenversicherung, Ablehnung von für alle gleiche Grundrente
- Erwerbsminderungsrente stärken- Abschaffung Zwangsabschläge, Anhebung Zurechnungszeit, Abschaffung drei-sechs-Stunden-Regel
- Bessere Bewertung von Pflegearbeit
- Keine Absenkung/ Abschaffung der Hinterbliebenenrente
- Hinzuverdienstgrenzen auf realistische Werte anheben

- Eingesparte Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sollten gesetzlich verpflichtend der BAV der Beschäftigten zufließen

#### *Organisationskonflikt mit der IG Metall*

Zum Konflikt mit der IG Metall um Organisationsbereiche äußerten sich Koscic und Bsirske. Ver.di verhandelt gerade mit der IG Metall einen Vertrag zur Kontraktlogistik, in dem die Schwierigkeiten dort geklärt werden sollen; Bsirske sieht die Verhandlungen auf einem guten Weg, Koscic warnte vor einem Abkommen um jeden Preis- wenn die IG Metall zu viele Bereiche für sich reservieren wolle, solle das Abkommen nicht abgeschlossen werden. Auch in diesem Abkommen soll ein Konfliktlösungsmechanismus verabredet werden, außerdem ein Bestandsschutz der bisher organisierten Bereiche. Bsirske sagte zum Strategiepapier der IG Metall, EVG, IG BCE und der IG BAU, dass im Gespräch aller Vorsitzenden geklärt wurde, dass die vier keinen Alleinvertretungsanspruch damit ausdrücken wollten und dass alles „grundsätzlich zum positiven“ geklärt sei. Mit dem dazugehörigen Antrag „Strategische Gewerkschaftsarbeit in ver.di entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten stärken“ beschließt auch ver.di, die Kooperation zwischen den Fachgruppen und Fachbereichen entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten zu stärken & weiterzuentwickeln als Gegenmaßnahme zur Kooperationsvereinbarung zwischen IG Metall, IG BCE, IG BAU & EVG.

#### *Industrie 4.0/ Digitalisierung*

In seiner Grundsatzrede sah Bsirske die Unterstützung der von Arbeitsplatzverlust bedrohten Beschäftigten als Kernpunkt bei der Mitgestaltung der Digitalisierung an. Das soll v.a. durch Bildung/Weiterbildung/Requalifizierung geschehen. Dazu forderte er verlängerte Weiterbildungszeiten und eine geförderte Bildungsteilzeit (wie IGM, oder Österreich). Im dazugehörigen Antrag wird darüber hinaus folgendes gefordert:

- Risiken bewältigen, Chancen nutzen
- Beschäftigung sichern & fördern; Qualifizierung forcieren; Persönlichkeitsrechte schützen;
- Medien- und Meinungsvielfalt gewährleisten;
- Koalitionsfreiheit verwirklichen (Schwarzes Brett nicht mehr zeitgemäß => Betriebsräte brauchen Zugang zu E-Mail-Systemen und Intranet);
- Mitbestimmung modernisieren/erweitern (Mitbestimmung bei Outsourcing, erweiterter Arbeitnehmerbegriff unter Einbeziehung der vielen Externen im Betrieb);
- neue Arbeitsformen (Crowdsourcing u.ä.) sozial regulieren (alle Erwerbstätige in Sozialversicherung einbeziehen; Werkvertragsauftraggeber müssen anteilig zahlen, wenn Auftragsempfänger Selbständig arbeiten)
- Beschäftigtendatenschutzgesetz notwendig

#### *Erweiterung der Mitbestimmung*

Lothar Schröder forderte eine breite Initiative zur Modernisierung und Erweiterung der Mitbestimmung im DGB, da die Mitbestimmungsgesetze in der Zeit der Industriegesellschaft entstanden und momentan an ihre Grenzen stoßen würden. Die Erweiterung wurde vor allem im Zusammenhang mit der Digitalisierung und der Regulation von Leiharbeit und Werkverträgen diskutiert. Forderungen aus den einzelnen Anträgen dazu sind:

- „Streichung §118 BetrVG“: Abschaffung Schutz für Tendenzbetriebe, bzw. Informationsrecht f. BR bei betriebswirtschaftliche Zahlen
- „Ausbau der Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen“:
  - Besserer & frühzeitiger Kündigungsschutz bei Gründung von BRs

Kontaktstelle Soziale Bewegungen Karen Balke-Esposito 26.10.2015 Bericht für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

- Mitbestimmung bei Einsatz von Leihbeschäftigten (ob, Anzahl, für die Leihbeschäftigten zuständig)
- Mitbestimmungslücken im öffentlichen Dienst schließen
- Absenkung Schwellenwerte zur Wahl von ArbeitnehmerInnen in den Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz von 500 auf 250 und nach dem Mitbestimmungsgesetz von 2.000 auf 1.000, und Angleichung des Konzernbegriffs des Drittelbeteiligungsgesetzes auf den des Mitbestimmungsgesetzes

#### *Aufwertung von Dienstleistungen/ Frauenberufen*

Ver.di will eine generelle Aufwertung aller Dienstleistungen erreichen, nicht nur im S&E-Bereich. Auch darum hat der Konflikt bei Amazon eine so große Bedeutung. Ver.di entwickelt daher ein fachübergreifendes politisches Konzept mit dem Ziel der Aufwertung von Frauenberufen im Dienstleistungssektor.

#### *Tarifeinheit*

Die Debatte war kurz, da sich alle einig waren. Zu diesem Thema lagen 27 Anträge vor, das waren die meisten Anträge nach dem Arbeitszeit- und TTIP-Thema. Der Antrag „Tarifeinheit: Hände weg von Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Streikrecht!“, unter Einbeziehung des CSU-Vorschlags, der natürlich abgelehnt wird, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

#### *TTIP/Freihandelsabkommen*

Bsirske stellte in seiner Grundsatzrede folgende Mindestanforderungen:

- ⇒ Die Verhandlungen müssen öffentlich sein
- ⇒ öffentliche Dienstleistungen müssen komplett ausgenommen werden
- ⇒ keine Beschränkung von Regulierungsmöglichkeiten
- ⇒ keine Absenkung der Arbeitsstandards
- ⇒ keine Absenkung der europäischen Datenschutzstandards
- ⇒ wenn diese Mindestbedingungen nicht erfüllt sind, bleibt nur Ablehnung

Im dazugehörigen Antrag „Globalisierung sozial gestalten“ wird noch ergänzt:

- Demokratische Beteiligung der Parlamente & der Zivilgesellschaft; offen & transparent
- Vollständige Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen
- Bei Regelung zur öffentlichen Auftragsvergabe muss Einhaltung von Tarifverträgen sowie von ökologischen & sozialen Kriterien unterstützt werden
- Ablehnung Investoren/Staat-Streitschlichtungsverfahren
- Keine Regulierungsräte
- Revisionsklauseln müssen enthalten sein

Auch hier gab es keine kontroverse Debatte.

#### *Europa*

Ver.di will die Vorstellung einer anderen, solidarischen EU in die Debatte einbringen. Europa ja, aber anders – es braucht eine koordinierte Haushaltspolitik sowie eine Geldpolitik, die auch Beschäftigung & Wachstum im Blick hat. Der Vorschlag der Kommission, Berater zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in jedem Land einzusetzen, die dann prüfen sollen, ob die Löhne sich im Einklang mit Produktivität und in der Höhe der Handelspartner entwickeln, bezeichnet Bsirske als klaren Angriff auf die Tarifautonomie. Im Antrag „Europa“ wird darüber hinaus gefordert:

- Bisherige Liberalisierungen v.a. mit Blick auf die sozialen Folgen überprüfen und bei negativer Bilanz re-regulieren
- Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge
- Kurswechsel Anti-Krisenpolitik
- Europäische Gesetzgebung „sollte sich womöglich wieder verstärkt auf den politischen Rahmen konzentrieren, als Regelungen bis ins kleinste Detail vorzuschreiben“
- Mitbestimmung des EP auch bei Wirtschafts- Währungs- und Steuerpolitik, Initiativrecht für Gesetzesvorschläge

### *Flüchtlingskrise*

Bsirske forderte u.a. die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Asylpolitik/Flüchtlingshilfe sei in erster Linie humanitär und kein Instrument zur Fachkräftesicherung. Bsirske forderte ebenfalls die Aufstockung des Personals bei den asylbetreuenden Stellen, sowie Deutschkurse und einen zügigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Außerdem fordert er politische Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Die Entwicklungshilfe müsse drastisch erhöht werden, Waffenexporte in Krisengebiete gestoppt werden. Zudem muss die EU ihre Nahrungsmittelexporte nach Afrika stoppen und die Märkte dort nicht mehr zerstören. Die gesamte Handelspolitik müsse geändert werden. Es gab viele Anträge zur Unterstützung von Flüchtlingen, aber ohne konkrete Forderungen.

### *Tarifkonflikt Sozial- und Erziehungsdienste*

Sowohl in der Generalaussprache als auch anhand eines Initiativantrag „Solidarität mit dem Kampf um Aufwertung bei den Sozial- und Erziehungsdiensten“ gab es eine Debatte zum Streik: Ein Erzwingungsstreik sei notwendig; Solibündnisse zu gründen sei wichtig für den Gewinn des Konflikts. Frank Bsirske sagt nochmal, dass jetzt erstmal Verhandlungen anstünden, das Angebot dann geprüft wird, und das keine Diskussion von Streiktaktiken vor der Presse stattfinden solle. Sie war aber wenig kontrovers und wurde, wie so viele Debatten, mittendrin durch einen GO-Antrag auf Ende der Debatte beendet.

### *Arbeitszeit*

Auch hierzu gab es im Ansatz eine Debatte, vor allem entlang der nicht mehr neuen Konfliktlinie Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit oder Anpassung an Lebensphasen. Zu diesem Thema gab es die meisten Anträge auf dem Bundeskongress, die meisten forderten eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 30h und wurden mit dem Leitantrag für erledigt erklärt. Der Leitantrag selbst war wenig konkret: „Unser Leitbild ist die „kurze Vollzeit“ bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die in unterschiedlichen Formen umgesetzt werden kann.“ Ein Änderungsantrag auf konkrete Nennung von Zahlen scheiterte bei vielen Ja-Stimmen.

### **Politikerbesuche**

Zur Eröffnung kam Angela Merkel. Sie wurde freundlich empfangen, bei ihrer Position zu TTIP gab es immerhin deutliche Unmutsäußerungen. Am Mittwoch sprach auch Andrea Nahles zu den Delegierten. Sie wurde sehr freundlich empfangen, bekam viel Applaus, inhaltlich sagte sie nichts Neues, forderte ver.di aber auf, die Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung „jetzt bitte“ zu nutzen. Frank Bsirske bezeichnete Andrea Nahles im Anschluss „in einigen Punkten“ als Verbündete im Arbeitsministerium, und wiederholte seine Warnung vor Altersarmut sowie die Ankündigung einer Kampagne dagegen; Kritik an Nahles blieb aus.

Kontaktstelle Soziale Bewegungen Karen Balke-Esposito 26.10.2015 Bericht für die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ebenfalls am Mittwoch fand eine moderierte Podiumsdiskussion mit Bernd Riexinger, Anton Hofreiter, Thomas Oppermann und Peter Weiß statt. Bernd bekam am meisten Applaus, dicht gefolgt von Anton Hofreiter, während Oppermann und Weiß wenig Zustimmung finden konnten – Weiß noch eher als Oppermann.

### **Parlamentarischer Abend**

Unser parlamentarischer Abend auf dem ver.di Bundeskongress war mit über 200 Gästen sehr gut besucht. Einige mussten wieder gehen, da sie nicht mehr in den Raum kamen. Als RednerInnen waren für uns Sahra Wagenknecht und Bernd Riexinger im Einsatz. Bei Grünen und CDU waren erheblich weniger Gäste, bei der SPD wohl ähnlich viele. So oder so war der parlamentarische Abend sehr erfolgreich.

### **Antragsberatung**

Insgesamt mussten mehr als 1.200 Anträge behandelt werden. Hier die Forderungen der wichtigsten Anträge, so sie nicht schon aufgeführt sind. Der Titel des Antrags steht jeweils in Anführungszeichen.

### **Wirtschafts- Finanz- und Steuerpolitik**

- „Vermögen und Einkommen gerecht besteuern“
  - Erhöhung Spitzensteuersatz auf 50% (53% mit Reichensteuer)
  - Abschaffung Abgeltungssteuer
  - Ehegattensplitting reformieren, so dass Vorteile für Paare mit hohem Einkommen begrenzt werden: hierzu gab es eine Debatte und massiven Widerspruch; schließlich wurde diese Passage geändert dahingehend, dass das Ehegattensplitting abgeschafft werden müsse (was auch vorher Beschlusslage war)
  - Entfernungspauschale so reformieren, dass Beschäftigte mit niedrigem Einkommen genauso stark entlastet werden wie Gutverdiener
  - Wiederanhebung Körperschaftssteuersatz auf 25%, Verbreiterung Bemessungsgrundlage & Wiederbesteuerung von Veräußerungsgewinnen.
  - Gewerbesteuer zu Gemeindefinanzsteuer ausbauen (durch letzte beide Punkte Mehreinnahmen von 30 Mrd. € jährlich)
  - EU-weite Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne von 25%
  - Vermögenssteuer ab einer Million Euro/Person in Höhe von 1%, halber Steuersatz für Körperschaften (erwartete Einnahmen 20 Mrd. €). Zusätzlich progressive einmalige Vermögensabgabe gestreckt über 10 Jahre
  - Erben von Großvermögen erheblich höher besteuern, Steuerbefreiung v. Unternehmen abschaffen (Steuerzahlungsstundung/-streckung reicht, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden)
  - Einführung Finanztransaktionssteuer
  - Mehr Personal für gerechten Steuervollzug
  - Mit Mehreinnahmen Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 40 Mrd. € finanzierbar

## **Bildungspolitik**

- „Gute Bildung für alle ermöglichen – Durchlässigkeit von Bildungs- und Ausbildungswegen erhöhen und Beruflichkeit stärken“
  - Gebührenfreie Ganztagsplätze für alle Kinder in Kitas, deutlich besserer Personalschlüssel; langfristig muss das Ausbildungsniveau auf Hochschulniveau gehoben werden
  - Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem, gemeinsames Lernen
  - Grundrecht auf Ausbildung
  - Gesetzliche Umlagefinanzierung von Betrieben, die nicht ausbilden, zu Betrieben, die ausbilden
  - Beibehaltung der Meisterpflicht
  - Bei Hochschulzulassung beruflich Qualifizierter ohne Abitur keine Fachbindung mehr & kein Nachweis von Berufserfahrung mehr
  - DGB & Mitgliedsgewerkschaften entwickeln gerade Leitbild „Moderne Beruflichkeit“
  - Staatliche Weiterbildungspolitik nötig, um die Weiterbildungsquote zu erhöhen
- „Finanzierung der Hochschulen und Studentenwerke“: Bund soll dauerhaft Beteiligung an Grundfinanzierung der Hochschulen leisten, inkl. der Bezuschussung der Studentenwerke mit einem ständigen Sockelbeitrag
- „BAföG unabhängig vom Alter“ – Titel spricht für sich
- „Gute Ausbildung“:
  - Ziel ist ein Überangebot von Ausbildungsplätzen von 12,5%
  - Mindestens dreijährige Ausbildung
  - Weg vom Frontalunterricht
  - Anonymisierte Bewerbung
- „Ausbildung in der Fläche“: gegen Zentralisierung der Ausbildungsmöglichkeiten

## **Öffentlich ist wesentlich**

- „Wirtschafts-, Konjunktur- und Investitionspolitik zur Überwindung der Eurokrise“
  - Außenhandelsüberschuss durch Erhöhung der Importe mittels Stärkung der Binnennachfrage reduzieren
  - Kontrollen beim Mindestlohn stärken, Ausnahmen nur bei Ehrenamt, Azubis und Pflichtpraktika; Mindestlohn zum nächstmöglichen Zeitpunkt deutlich erhöhen
  - Equal Pay vom ersten Tag an, Befristungen reduzieren auf eng begrenzte und sachlich begründete Ausnahmen
  - ALG II deutlich erhöhen, Erwerbslose vor Lohndumping und Zwang zu unzumutbarer Arbeit schützen, Zugang zu ALG I erleichtern
  - Private Investitionen wenn dann nur in Form von Infrastrukturfonds o.ä. in öffentlicher Rechtsform & nur in Verbindung mit Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um geringfügigen Zinsaufschlag über Rendite 10jähriger Staatsanleihen zu finanzieren; Investitionsentscheidung des Fonds bleibt allein in öffentlicher Hand
  - Öffentliche Investitionsoffensive auf europäischer Ebene
  - Ende Austeritätspolitik
  - Einrichtung „Europäischer Zukunftsfonds“, der direkt in Bildung, Energie, Umwelt, Gesundheit und Verkehr investiert, finanziert durch europäische Vermögensabgabe und Begebung von Anleihen
- „Verkehrspolitik“
  - Pkw-Maut wird abgelehnt

- Bund muss sich über 2019 hinaus an Verkehrsfinanzierung der Kommunen beteiligen
- Direktvergabe muss neben Wettbewerb weiter möglich sein
- Luftverkehrssteuer muss weg
- „Wohnungs-/Mietenpolitik“
  - Gegen Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, alle Möglichkeiten einer Rekommunalisierung sollen genutzt werden
  - Wohngelderhöhung um mind. 10%, dynamische Anpassung an Inflation, Einkommensgrenzen und Höchstbeträge erhöhen
  - Energetische Sanierung ausbauen, Kosten gerecht aufteilen
- „Privatisierungen im Gesundheitswesen stoppen – Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand“ – Titel spricht für sich

### **Tarifpolitik**

- „Abschaffung der regional unterschiedlichen Vergütung“: einheitliche Vergütung West-Ost
- „Allgemeinverbindlichkeit durchsetzen“
  - Ver.di soll neue Regelungen massiv nutzen; sollten die Arbeitgeberverbände blockieren, wird das BMAS aufgefordert, Maßnahmen zur Durchsetzung zu ergreifen
- „Bonusregelungen für ver.di Mitglieder in Tarifverträgen“ wird ausschließlich positiv diskutiert. Ver.di verfolgt deren Implementierung weiter.
- „Keine gemeinsamen Tarifverhandlungen mit konkurrierenden Organisationen/Gewerkschaften“ (auch dazu viele Anträge (7)): speziell auf die dbb comba gemünzt. Viele Reden gegen Ablehnungs-Empfehlung der AK, Schilderungen von katastrophaler Zusammenarbeit, Hintergehen etc.. auch (weniger) Reden dafür, nicht so undifferenziert alle gemeinsamen Tarifverhandlungen zu verhindern/beenden, sondern im Einzelfall zu gucken. Frank Bsirske weist darauf hin, dass die Tarifkommissionen zuständig sein, und schlägt vor, die Beschlussempfehlung in Annahme als Material für den Vorstand zu ändern, dem wird gefolgt

### **Sozial- Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik**

- „Bezahlbarer Wohnraum für alle, Anhebung der Mietobergrenzen (SGB III)“:
  - Stopp der Kostensenkungsaufforderungen und der Zwangsumzüge
  - Anhebung der Mietobergrenzen für ALG II
  - Übernahme der tatsächlichen Energiekosten als Teil der notwendigen Kosten der Unterkunft
- „Ein Arbeitsmarkt für alle! Anforderungen an eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik“
  - Leistungen aus einer Hand, Schnittstellenprobleme zwischen SGB II & SGB III beenden
  - verlässliche Arbeitsmarktstatistik
  - bessere Ausstattung der Arbeitsverwaltung
  - Nachhaltigkeit der Vermittlung als zentraler Indikator guter Vermittlungsarbeit (d.h. z.B. an Erhalt der Qualifikation geknüpft)
  - Sonst recht unkonkret
- „Organisierung einer breiten Mitgliederdiskussion in ver.di zum bedingungslosen Grundeinkommen und Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung“: Empfehlung war Erledigung durch anderen Antrag, in dem Grundeinkommen nicht erwähnt wird; daraufhin Generaldebatte zum Grundeinkommen, Befürworter des Grundeinkommens wollen Annahme als Arbeitsmaterial durchsetzen, aber deutliche Annahme der Empfehlung der AK (ca. 90%)



- „Mehr für Pflegebedürftige und Pflegende“
  - Pflegeeilkostenversicherung zu Pflegevollversicherung weiterentwickeln
  - Pflegezeit weiterentwickeln, müssen analog zur Elternzeit rentenbegründend sein
  - Mindestens 3.000 € im Monat für eine examinierte Pflegekraft langfristiges Ziel, kurzfristig: Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge
- „Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ & „Gleichmäßige Verteilung der Kosten der Pflegeversicherung auf Arbeitgeber & Beschäftigte“ – die Titel sprechen für sich
- „Bedarfsgerechte Krankenhausversorgung in der Bundesrepublik Deutschland“
  - Bundeskrankenhauskoordination für sinnvoll abgestimmt  
Krankenhausrahmenplanung, der ein Strukturmittelfonds zur Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur zur Seite gestellt wird
  - Gesetzliche Personalbemessung
  - Abschaffung Tendenzschutz für Krankenhäuser
  - Trägerschaft muss in öffentlicher Hand bleiben bzw. zurückgeführt werden
  - Keine Gewinnabführung von Krankenhäusern in die kommunalen Kassen
  - Markt & Wettbewerb kein Mittel, um eine gute Gesundheitsversorgung zu erreichen
  - DRG sind gescheitert
  - In Debatte überwiegend klare Positionierung gegen Krankenhausstrukturgesetz; wurde bemängelt, dass der Antrag zu nah da dran sei, aber: Sylvia Bühler gegen „Totalopposition“ gegen das KhsG, da das darin enthaltene Personalförderungsprogramm doch eine eigene Forderung sei; Annahme mit wenigen Gegenstimmen

#### **Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik**

- Viele Anträge zur Einschränkung von Rüstungsexporten, die Anträge mit konkreten Forderungen wurden allerdings nur als Arbeitsmaterial angenommen
- „Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr“:
  - Beendigung Kriegseinsätze Bundeswehr, kein Geld für Drohnen, Senkung Rüstungsausgaben
- „Streikrecht für Beamtinnen/Beamte- Bundesgesetzgeber muss handeln“:
  - Streikrecht für diejenigen, die nicht in der hoheitlichen Staatsverwaltung arbeiten; dazu muss Tätigkeitsbereich von Beamten in engerer Hoheitsverwaltung definiert werden